Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(!) Die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 217. **Montag** den 4. August 1884. **78. Jahrgang.**

Leipzig, 4. August 1884.

* Den Berliner Communal-Behörden sind auf die zu der Geburt des dritten Sohnes Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Preußen gemeinschaftlich erlassenen Glückwunschschreiben ferner folgende Erwiderungen zugegangen:

Die Kronprinzessin und Ich haben mit aufrichtigem Dank die Uns zu der Geburt Unseres dritten Enkelsohnes von Seiten des Magistrats und der Stadtverordneten von Berlin dargebrachten Glückwünsche entgegengenommen und erkennen in dem Ausdruck der Theilnahme an diesem frohen Ereignisse einen neuen Beweis wohlthuender Anhänglichkeit. Möge dem Neugeborenen beschieden sein, dereinst zum Heile unseres Vaterlandes die Hoffnungen zu verwirklichen, unter denen derselbe das Licht der Welt erblickte.

London, 24. Juli 1884.

gez. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

An den Magistrat und die Stadtverordneten zu Berlin.

Dem Magistrat und den Stadtverordneten der Haupt- und Residenzstadt Berlin danke Ich verbindlichst für die Mir aus Anlaß der Geburt Meines dritten Sohnes dargebrachten freundlichen Glückwünsche, welche die Prinzessin Meine Gemahlin und Mich aufrichtig erfreut haben.

Potsdam, den 26. Juli 1884.

gez. Wilhelm, Prinz von Preußen.

An den Magistrat und die Stadtverordneten der Haupt- und Residenzstadt Berlin.

* Aus den Mittheilungen, welche die neueste Nummer der „Deutschen Colonialzeitung" über die Entwickelung des deutschen Colonialvereins in den letzten Monaten macht, geht hervor, eine wie außerordentliche Wirkung die bekannten parlamentarischen Verhandlungen über die Colonialfrage zu Gunsten der Colonialbestrebungen in Deutschland geübt haben. „Die Erregung", heißt es in dem Berichte, „welche die der Dampfersubventions-Vorlage im Reichstage zu Theil gewordene Behandlung in allen Schichten des Volkes hervorgerufen, sowie das lebhafte Interesse für das Inslebentreten dieses ersten so bedeutungsvollen Schrittes auf einem neuen weltwirthschaftlich-colonialpolitischen Gebiete seitens des deutschen Reiches hat sich in unzähligen Kundgebungen, besonders in allen Centren des Handels und der Industrie in den verflossenen Wochen geäußert. Die Opposition hat es wohl nicht geahnt, daß es nur eines Funkens bedurfte, um eine wahre nationale einmüthige Begeisterung für die volle Unterstützung der Reichsregierung nach dieser Richtung hin überall im Vaterlande zu erwecken. . . . . In dieser Beziehung muß man den Herren, welche durch ihre Bekämpfung der Dampfer-Subventions-Vorlage dem bisher infolge unserer Bemühungen denn doch immer nur local erweckten Verständniß zu diesem energischen und plötzlichen Durchbruch und allgemeiner Verbreitung im ganzen Volk verholfen haben, eine gewisse Dankbarkeit entgegenbringen; denn es unterliegt keinem Zweifel, daß bei ungestörter sofortiger Annahme der Vorlage jenes von uns angebahnte Verständniß mehr latent geblieben oder wenigstens nicht zu einem solchen großartigen Ausdruck der allgemeinen Zustimmung gekommen wäre, welche nicht nur den bisher indolent bei Seite stehenden, sondern selbst halbe Zweifler mit sich fortreißt." Die Allgemeinheit der Bewegung gehe nicht nur aus den Besprechungen in der Presse, sondern vornehmlich auch aus den zahlreichen Kundgebungen Einzelner und geschlossener Corporationen hervor, und einen zuverlässigen Gradmesser dafür gebe die plötzliche Zunahme der Mitgliederzahl des Colonialvereins, sowie die fortwährende Bildung neuer localer Organisationen, welche in ihrer Entwickelung durch die ungünstige Jahreszeit nicht gehemmt zu werden vermögen. Der Bericht führt in dieser Beziehung aus: „Während der Verein zu Anfang des Kalenderjahres nur 3200 Mitglieder zählte, ist er im Augenblicke (Mitte Juli) bereits auf 5300 angewachsen, eine Vermehrung, von welcher reichlich ein halbes Tausend lediglich auf Rechnung der besprochenen Reichstagsverhandlungen und ihrer Folgen zu setzen sein dürfte. Wichtiger noch in ihrer Bedeutung für den Ausdruck des Verständnisses der von uns geförderten Bewegung ist indeß die bereits eingeleitete Bildung zahlreicher Sectionen, welche nur den Eintritt der für Versammlungen geeigneteren Jahreszeit abwarten, um sich definitiv zu constituiren." Die populäre Bewegung läßt sich in der That durch kleine parlamentarische Kunstgriffe, wie sie der Dampfervorlage gegenüber beliebt wurden, nicht mehr aufhalten. Es ist in der Nation das instinctive Gefühl erwacht, daß Deutschland, wenn es seine Zukunft sichern will, nicht mehr ruhig zusehen darf, wie andere Völker die Welt unter sich vertheilen. Die vom Reichskanzler angedeuteten Grundsätze der deutschen Colonialpolitik geben, so weit dies möglich ist, eine Sicherheit dafür, daß Deutschland sich vor den unermeßlichen Gefahren hüten wird, welche Leichtsinn und Ueberstürzung auf diesem Gebiete zur Folge haben. Die Geschichte anderer Nationen wird uns eine Warnerin und Lehrmeisterin sein. Diejenigen, welche diese Bewegung begünstigen und leiten, werden ganz besonders die Pflicht empfinden müssen, sie auch in den richtigen Schranken zu halten, und wir finden in demselben Vereinsorgan, welchem wir die obigen Sätze entnommen haben, nicht ungern den Satz ausgesprochen: „Bei uns in Deutschland ist nunmehr der Colonisationswagen bereits soweit in Bewegung gekommen, daß ein vorsichtiger Kutscher auf dem Bocke gelegentlich nach dem Griff der Bremse fühlen muß." Für die gegenwärtige politische Situation ist aber von hohem Interesse, auch in den obigen Mittheilungen bestätigt zu finden, daß die deutschfreisinnig-clericale Action gegen die Postdampfervorlage das Gegentheil der beabsichtigten Wirkung erzielt hat. Die Herren Bamberger, Richter und Windthorst dürften davon wenig erbaut sein. Sie sehen die Hebel, welche sie der überseeischen Politik des deutschen Reiches entgegenzustemmen versuchten, in ihren Händen zerbrochen und müssen sich beeilen, bei Seite zu treten, um nicht Schaden zu leiden.

* Was Herr v. Schlözer vor seiner Abreise von Rom einem Berichterstatter des „Hamburger Correspondent" über den Stand der Unterhandlungen mit der Curie gesagt hat, ist — die Correctheit des Berichtes in allen Puncten vorausgesetzt — nicht geeignet, die Aussichten auf einen baldigen Friedensschluß als besonders günstige erscheinen zu lassen. Selbst wenn man von den Wendungen, in welchen Herr v. Schlözer sich ausgesprochen haben soll, einige auffallende Schärfen in Abzug bringen will, bleibt noch genug übrig, um das Urtheil zu rechtfertigen, daß die Verhandlungen von einem befriedigenden Resultate weiter entfernt sind, als je. Uns überrascht das in keiner Weise; wir finden nur bestätigt, was wir und unsere Freunde jederzeit vorausgesehen und vorausgesagt haben. Wir zweifeln auch nicht daran, daß, wenn über kurz oder lang das alte Spiel zum so und so vielten Male wieder angefangen werden sollte, der Ausgang derselbe sein wird. Eine nachhaltige Wendung in der Behandlung der Kirchenpolitik in Berlin oder in Rom können wir nach den bisherigen Erfahrungen kaum erwarten. Man kam — und zwar seltsamer Weise immer in der nichtparlamentarischen Sommerzeit — schon wiederholt an einen todten Punct, bei welchem der preußische Staat auf die übertriebenen Ansprüche der Curie nicht eingehen mochte und Alles still stehen zu wollen schien; jedesmal aber wurde er durch eine ausreichende Schwungkraft überwunden. Welches diese wirksame Schwungkraft war, wollen wir hier nicht erörtern, die Friedensliebe des Vaticans aber war sie jedenfalls nicht. Der preußische Staat machte ein Zugeständniß, und das Rad drehte sich weiter. Jetzt ist der todte Punct die Posener Bischofsfrage. Hier liegt allerdings ein so wichtiges und in den maßgebenden Regionen so wohl gewürdigtes staatliches Interesse, daß die Ueberwindung der Schwierigkeiten diesmal sicherlich nicht so leicht werden dürfte. Wenn der Correspondent des Hamburger Blattes meint, die Curie scheine die vollständige Beseitigung der Maigesetze zu verlangen, ehe sie in die gewünschte Wiederbesetzung des Posener Erzbisthums willige, so mag dies vielleicht zu weit gehen. Die beiden Puncte der Freiheit der Erziehung des Klerus und der kirchlichen Jurisdiction sind von der Curie als Gegenforderung bereits präcisirt. Aber auch diese Forderung, welche der ganzen kirchenpolitischen Gesetzgebung den Boden entzieht und den Staat der Kirche geradezu ohnmächtig gegenüberstellt, kann unter keinen Umständen zugestanden werden, wenn der preußische Staat seine Würde nicht gänzlich preisgeben will. Wir sind einigermaßen gespannt, wie die „Kreuzztg." sich in die neue Situation finden wird. Vor der Hand greift sie das Centrum als die unentbehrliche Stütze der Socialreform und der Regierungspolitik an und eifert sich für ein conservativ-clericales Einvernehmen bei den Wahlen in eine wahre Siedehitze hinein. Möge ihr das kalte Sturzbad aus Rom gut bekommen!

* Aus Kassel geht uns von unterrichteter Seite die Nachricht zu, daß die Conservativen im Wahlkreise Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg beschlossen haben, den bisherigen Reichstagsabgeordneten dieses Kreises, Herrn Dr. Perrot, durch seine antisemitischen Bestrebungen und volkswirthschaftlichen Schriften in weiten Kreisen bekannt, für die bevorstehende Reichstags-Neuwahl nicht wieder aufzustellen, sondern an seiner Stelle Herrn Gutsbesitzer Senffardt in Friedrichshütte zu wählen. Seitens der Nationalliberalen wird die Candidatur des Herrn Gutsbesitzer Suchaz in Künzell übertragen werden, einem Manne, der in jeder Beziehung praktische Erfahrung besitzt und in den weitesten Kreisen ebenso angesehen, als beliebt ist.

* Der „Kölnischen Zeitung" wird aus Berlin geschrieben:

Neuerdings ist die Nachricht von der bevorstehenden Errichtung einer katholisch-theologischen Facultät in Marburg durch die Blätter gegangen, ist aber durchweg mit Unglauben aufgenommen worden. Schon 1650 wurde von der kurhessischen Regierung in Gemeinschaft mit Rossen der Versuch unternommen, in Marburg eine katholisch-theologische Facultät ins Leben zu rufen. Damals scheiterte er hauptsächlich an dem Widerstande der katholischen kirchlichen Behörden, und es ist nicht zu erwarten, daß Verhandlungen mit diesen bei den heutigen Verhältnissen zu einer Verständigung über Einrichtungen und Personen führen könnten, von denen eine Förderung echt wissenschaftlicher Universitätsbildung zu hoffen wäre. Die Zumuthung aber, unter dem Ausdruck einer deutschen wissenschaftlichen Facultät ein verkapptes römisches Priesterseminar zu errichten, wird wohl jeder preußische Minister zurückweisen. Wer aber daran zweifelt, daß unsere Ultramontanen auf nichts Anderes eingehen würden, kann sich in einem Artikel der „Schlesischen Volkszeitung" leicht eines Bessern belehren. Das genannte Blatt schreibt nämlich aus Anlaß des erwähnten Gerüchts: Zunächst bringt es schwerwiegende Uebelstände der verschiedensten Art mit sich, wenn eine katholisch-theologische Facultät nicht in der Residenzstadt eines Bischofs oder wenigstens nicht in deren unmittelbarer Nähe sich befindet. Nicht bloß die Studirenden, sondern auch die Professoren der Theologie müssen sozusagen unter den Augen des Bischofs leben. Wie wichtig dies ist, zeigt die Geschichte der ehemaligen katholisch-theologischen Facultät an der Universität Gießen. Sollen die theologischen Facultäten durchweg mit den Universitäten vereinigt und somit Staatsanstalten werden, so muß den Bischöfen ein viel maßgebenderer Einfluß bei der Anstellung von Professoren der Theologie zugestanden, ihr Einspruchsrecht stets und voll respectirt und ihre Jurisdictionsgewalt über die Professoren der Theologie anerkannt werden. Ebenso müßte an eine jede solcher Staatsanstalten mit katholisch-theologischer Facultät ein katholischer ordentlicher Professor der Philosophie sowie der Geschichte berufen werden." Diese Forderungen entbehren jedenfalls nicht der größten Offenheit und zeigen von Neuem eine tiefe Kluft zwischen der römischen Auffassung und der, welcher der moderne Staat sich nicht entziehen darf. Unter diesen Umständen wird man es mit Befriedigung begrüßen müssen, wenn man auf alle Versuche zur Gründung neuer katholischen akademischen Anstalten verzichtet. Einige Zeit werden wir wohl noch mit den vorhandenen uns behelfen können; wenn man einmal an Aenderungen auf diesem Gebiete praktisch will, so muß man sicher eine Zeit abwarten, in welcher die Gegensätze weniger zugespitzt sind als heute, und in der auch auf anderem als einseitig kirchlichem oder einseitig staatlichem Wege vorgegangen werden kann. Heute aber scheint ein Zusammengehen fast unmöglich und deshalb thut man wohl, wie gesagt, am besten, die Angelegenheit vorläufig auf sich beruhen zu lassen, zumal ihre Dringlichkeit ja nicht so groß ist. Vor Allem dürfte der Staat keinen Anlaß haben, hier den ersten Schritt zu thun.

* * *

* Der Berner „Bund" lenkt die Aufmerksamkeit des römischen Cabinets auf das Treiben des italienischen Consularagenten in Luzern, welcher die schweizerische Gastfreundschaft zur Inscenirung irredentistischer Zeitelungen mißbraucht habe, indem er als Verfasser einer Ende Januar dieses Jahres erschienenen Broschüre „Soizzeri e Italiani" (Schweizer oder Italiener) ermittelt worden sei, in welcher Broschüre die Lostrennung des Cantons Tessin von der Schweiz befürwortet wurde. Der „Bund" reproducirt die diesbezüglichen Enthüllungen der „Gazzetta Ticinese" und bemerkt dazu:

„Solcher Art achtete Herr Grecchi, der italienische Consularagent, die Gastfreundschaft! Und nach einigen Tagen, als er sah, daß sein Werk allgemeinen Unwillen erregte, versuchte er die begangenen und von der „Gazzetta Ticinese" aufgenommenen Gerüchte zu dementiren.

Wir messen diesen Enthüllungen durchaus keine weltgeschichtliche Bedeutung bei und wollen sie auch nicht als Ausfluß besonderer patriotischer Beunruhigung aufgefaßt wissen. Betonen möchten wir aber, daß es eine Ungeheuerlichkeit ist, wenn eine Persönlichkeit in officieller Stellung, wie im vorliegenden Fall, für die Irredenta Flugschriften schreibt, Manifesten und Zweck zu Ihun sucht zwischen den beiden befreundeten Nachbarländern, deren Interessen sie zu vermitteln hat. Wir haben die vollendete Ueberzeugung, daß der italienischen Regierung die Intriguen ihres Beamten, den vielleicht die vom französischen Consul Roustan gepflückten Lorbeeren nicht schlafen lassen, nicht bekannt sind, glauben aber, daß die Stellung des Herrn Grecchi als Consularagent in Luzern nunmehr durchaus unhaltbar geworden sei. Sind uns schon ehedem die irredentistischen Krakehler lästig genug, so müssen derartige Umtriebe, wenn sie von officiellen Kreisen ausgehen, den höchsten Unwillen der hiesigen Bevölkerung erregen."

* Am Sonnabend ist ein Gelbbuch, betreffend die Tonkin-Angelegenheit, in den französischen Kammern vertheilt worden. Aus den darin aufgenommenen Schriftstücken geht hervor, daß Frankreich Anfangs für den Zwischenfall von Langson, welchen es als eine Verletzung der Convention von Tientsin ansah, eine Entschädigung von 250 Millionen Francs verlangte, aber in Folge der Veröffentlichung des chinesischen Decrets, welches die Zurückziehung der chinesischen Truppen aus Tonkin anordnete, von China lediglich forderte, daß es eine Entschädigung im Principe anerkenne, und zwar auf der Grundlage einer Schadloshaltung für die getödteten und verwundeten Soldaten, sowie eines zusätzlichen Betrages für die Kosten, welche dieser Zwischenfall Frankreich verursachen wird. China erhob Einwendungen gegen eine Entschädigung und erklärte sich nach vielfachen Ausflüchten endlich unterm 19. Juli bereit, den Vicekönig von Nankin mit der Unterhandlung über einen endgiltigen Vertrag mit dem Gesandten Patenotre zu beauftragen. Gleichzeitig theilte die chinesische Regierung mit, daß sie die Frage einer Entschädigung den Mächten unterbreitet habe. Depeschen Patenotre's aus den Tagen vom 27. bis 29. Juli bezeichnen es als unmöglich, sich mit den chinesischen, in Shanghai eingetroffenen Delegirten zu verständigen; dieselben erklärten, China könne sich zu einer Entschädigung nicht verstehen, und verlangten die Verlängerung der in dem Ultimatum gestellten Frist über den 1. August hinaus. — Eine Depesche des Ministerpräsidenten und Ministers des Aeußeren, Ferry, vom 30. Juli ermächtigte Patenotre, die Frist um einen oder zwei Tage zu verlängern, wenn er dies für einen befriedigenden Ausgang der Besprechungen erforderlich halte. Eine Depesche Patenotre's aus Shanghai vom 30. Juli sagt, daß die chinesischen Delegirten eine Entschädigung von 3½ Millionen als Unterstützung des Opfers des Kampfes bei Langson angeboten, daß er dieselbe aber abgelehnt habe. In dem Gelbbuch wird ferner eine Depesche des Marineministers vom 13. Juli mitgetheilt, in welcher Admiral Courbet angewiesen wird, alle disponiblen Schiffe nach Formosa und Keelung zu senden. Frankreich beabsichtige, diese beiden Häfen für den Fall einer Ablehnung des Ultimatums als Pfänder in Händen zu behalten und werde dem Admiral empfehlen, nur dann Gewalt in Anwendung zu bringen, wenn er angegriffen würde.

* Vor Kurzem ist von der russischen Regierung das Amurland zu einem eigenen Verwaltungsgebiet, dem Priamur'schen Generalgouvernement, zusammengefaßt worden. Auf die dieser administrativen Maßregel zu Grunde liegenden Motive werfen folgende, von der „Nowoje Wremja" gemachten Mittheilungen über die wirthschaftlichen und politischen Vorzüge des neuen Gouvernements interessante Streiflichter:

„Dieses Gebiet erstreckt sich", schreibt das genannte Blatt, „2300 Werst nach Westen, 4000 Werst nach Nordosten und 1000 Werst nach Süden. An den Ufern des Amurstromes und dessen Nebenflüssen findet sich goldhaltiger Boden. Kamtschatka und die vor dieser Halbinsel liegenden Inselgruppen sind reich an Naturproducten. Auf der Insel Sachalin finden sich reichhaltige Steinkohlenlager. Dann ist da noch das reiche Ussurigebiet mit seinen ausgezeichneten Buchen, prachtvollen Urwäldern, in denen der Tiger und der Zobel hausen und die Tanne neben der Korkbaumeiche wächst. Durch Holzhandel, Pelzhandel, Fischfang und Ackerbau kann das Ussurigebiet, das gegenwärtig als todtes Capital daliegt, in eine unerschöpfliche Quelle von Einnahmen verwandelt werden. Gegenwärtig werden die Reichthümer des Amurgebietes entweder gar nicht oder doch nur wenig ausgebeutet und bringen nur den Amerikanern und Chinesen Nutzen.

Unter den obwaltenden Verhältnissen kann es auch nicht anders sein, da im ganzen Gebiet kaum 20,000 Russen leben. Und doch wird dieses öde, aber reiche Gebiet von zwei Seiten angegriffen: während die unternehmenden Amerikaner Kamtschatka und die Inseln zu „americanisiren" trachten, drängen von Süden her unaufhaltsam die Chinesen in das Ussurigebiet und erobern dasselbe in friedlicher Weise.

Diesem Andrange der Ausländer kann nur dadurch Einhalt gethan werden, daß wir selbst das Land colonisiren. Eine solche Colonisation kann aber nur dann mit Erfolg vorgenommen werden, wenn einigermaßen gute Straßen angelegt werden, für eine regelmäßige Verbindung mit dem Mutterlande mit Hülfe der Schiffe der freiwilligen Kreuzerflotte gesorgt wird und das Gebiet eine ordentliche Verwaltung und ordentliche Gerichte erhält. Dann werden vielleicht in diesem Gebiet russische Capitalisten und Unternehmer auftreten, um den Kampf gegen das Capital der Deutschen, Chinesen und Amerikaner aufzunehmen.

Nach der inneren Organisation ist auch für die übrigen Interessen des Gebietes Sorge zu tragen. So wäre durch Verträge für geregelte und gegenseitig nützliche Beziehungen zwischen uns und China zu sorgen, das an das Amur-Gebiet in einer Ausdehnung von 5000 Werst grenzt. Nothwendig wäre es auch, mit Korea Verbindungen anzuknüpfen, das Amerika und fast allen europäischen Staaten zugänglich ist, mit uns aber nur einen sehr geringen Verkehr unterhält. Schließlich wäre es von großer Wichtigkeit, mit unserem nächsten Verbündeten im Stillen Ocean, Japan, gute Beziehungen zu unterhalten."

* Der Londoner Generalagent für die australische Colonie Victoria hat von dem Premier dieser Colonie und Vorsitzenden des Comités der australischen Colonien die telegraphische Nachricht erhalten, daß der gesetzgebende Rath von Westaustralien die Beschlüsse der Convention zu Gunsten der Annexion von Neu-Guinea und anderer Inseln, über die Position der Neuen Hebriden, sowie über die projectirte Deportation französischer Verbrecher nach den Inseln des Stillen Oceans angenommen hat. Der Rath hat auch den Erlaß einer Adresse an die Krone zu Gunsten der Bill, welche die australischen Colonien ermächtigt, sich zu confoederiren, genehmigt. Vier der sieben australischen Colonien haben nunmehr die von der Convention von Sidney gefaßten Beschlüsse gebilligt.

* In den Vereinigten Staaten von Amerika macht sich in Bezug auf die Präsidentenwahl ein gewisser Stimmungswechsel bemerkbar. Republikanische Blätter, welche über den Candidaten der demokratischen Partei, Gouverneur Cleveland, günstig urtheilten und die republikanischen Präsidentschafts-Candidaten, namentlich James G. Blaine, hart angriffen, machen sich jetzt bereit, gegen das demokratische Präsidentschaftsticket und für das republikanische zu stimmen. Vornehmlich ist dies bis jetzt in den westlichen Unionsstaaten der Fall, wie überhaupt die Bewegung der „Unabhängigen" mehr im Osten als im Westen der Union hervortritt. So äußert sich z. B. die in St. Louis im Staate Missouri erscheinende „Westliche Post", welche Karl Schurz, einem der Hauptführer der unabhängigen Republikaner, sehr nahe steht, u. A. also: „Es ist der stärkste Mann, den die Demokraten auf den Schild erhoben haben und wir haben nichts von dem zurückzunehmen, was wir Gutes von ihm sagten. Aber je mehr wir uns mit dem Gedanken vertraut zu machen suchten, daß ein Demokrat an die Spitze unserer Nationalregierung treten könne, um so weniger konnten wir uns damit aussöhnen. Je länger wir eine so folgenschwere Frage erwogen, desto höher stiegen unsere Bedenken und heute fühlen wir uns nicht mehr berechtigt, irgend welche Garantie dafür zu übernehmen, daß ein Demokrat, und heiße er auch Grover Cleveland, dem unheilschwangeren Einfluß der früheren Sclavenbarone des Südens unter allen Umständen die Stirn bieten würde." Die „Westliche Post" ist vor allen Dingen nicht mit Thomas Andrew Hendricks, dem demokratischen Candidaten für das Vicepräsidentenamt, zufrieden und kommt schließlich zu dem Resultate: „Republikaner können nichts Besseres thun, als bei ihrem Ticket (d. i. bei Blaine und Logan) bleiben." Auch die unabhängig-republikanische „Illinois-Staatszeitung" fängt an zu schwanken. Im Staate New-York und den östlichen Unionsstaaten stehen indeß die unabhängigen Republikaner bis jetzt noch auf Seiten der demokratischen Präsidentschafts-Candidaten; wenn dies so bleibt, haben die Demokraten noch immer mehr Aussicht auf Sieg, als die Republikaner.

Neues Theater.

* In keinem einigermaßen gut regierten Kunststaate darf eine Pause, ein Interregnum, eintreten. Auch hier heißt es: „Le roi est mort, vive le roi." Kaum ist unser bisheriger erster Charakterdarsteller, Max Grube, den Weg gegangen, den seit lange alle tüchtigen Schauspieler von hier aus einzuschlagen pflegen, nämlich an das Dresdner Hoftheater, so stellt sich auch schon sein Nachfolger, Herr Borchers, ein, um den leer gewordenen Platz auszufüllen. Dieses ist ganz correct. Nur hätten wir gewünscht, daß der neue Inhaber des ersten Charakterfachs sich auf einem etwas höheren Rothurn dem Publicum präsentirt hätte, als Gustav von Moser ihm zu bieten vermag. Doch ist der Künstler selbst hieran gewiß unschuldig. Einige wohlwollende Beurtheiler unserer Theaterzustände haben zu verstehen gegeben, daß wir während der heißen Sommermonate auf eine mehr als magere dramatische Kost hier gestellt wurden, eine höchst weise diätetische Rücksicht auf das leibliche Wohl des Publicums finden wollen. L'Arronge, Birch-Pfeiffer und Moser sind auch bei höchster Temperatur absolut unschädlich. Aber was will diese sanitäre Maßregel, die doch nur das Wohl des einzelnen Theaterbesuchers im Auge hat, heißen gegenüber jener wahrhaft liebevollen Fürsorge für den künstlerischen Ruf der ganzen Stadt, die sich während der vergangenen Festwoche zu erkennen gab! Leipzig genießt doch nun einmal den Ruf einer specifisch musikalischen Stadt, und dieser Ruhm durfte noch anzen hin in keiner Weise geschädigt werden. So nur ist es zu erklären, daß in den 15—16 Vorstellungen während der Festzeit in beiden Theatern nichts als Opern und Operetten gegeben wurden. Selbst am Eröffnungsabend des großen nationalen Festes war es nicht etwa Schiller's „Tell", wie einige verstockte Idealisten gehofft hatten, sondern wieder eine Oper, die vorgeführt wurde. Nun wird hoffentlich der Ruf Leipzigs als „Musikstadt" unerschütterlich, wie auf einem „rocher de bronze" befestigt sein.

Daß aber die besagemeinte diätetische Fürsorge seitens der Theaterleitung von dem nur zu undankbaren Publicum oft schnöde zurückgewiesen wird, bewies die gestrige Vorstellung von Moser's „Ultimo", die vor kaum halb besetztem Hause stattfand. Die Kritik hat um so mehr Veranlassung, dieses zu bedauern, als die Vorstellung eine durchaus abgerundete, auch jeder Richtung hin zufriedenstellende war. Freilich bietet der sehr amusante und lustige Schwank (Moser nennt ihn zwar „Lustspiel", aber eine Fülle von Unwahrscheinlichkeiten lassen diesen Titel als unberechtigt erscheinen) keine besonders schwierigen Aufgaben. Insbesondere ist der cholerische Professor Schlegel keine genügende Antrittsrolle, wie sie sich wohl Herr Borchers selbst gewünscht hatte. In seiner Auffassung und Wiedergabe dieses nichts weniger als sympathischen Gelehrten erinnerte übrigens der Darsteller (auch im Organ) vielfach an einen der besten Charakteristiker, den die Leipziger Bühne gehabt, an Adolf Klein. Hoffentlich wird das neue Mitglied in Zukunft nun auch in größeren Aufgaben diesen Vergleich aushalten. Herr Doer fühlt sich in solchen bürgerlich behäbigen Partien wie der Commerzienrath Schlegel am wohlsten. Hier kann er seine ganze beleibte Behäbigkeit, der ein gewisser fein lächelnder Humor nicht fehlt, ruhig wirken lassen. Trefflich waren auch die Vertreter der beiden jungen Liebespaare, insbesondere Frl. Hilssel (Therese) und Herr Hänseler (Georg Richter), ebenso Frl. Schneider (Hedwig) und Herr Rohland (Bruno). Der frische Georg Richter ist jetzt mit Recht eine sehr beliebte sogen. Naturburschenrolle. Aber die kleinste Uebertreibung raubt ihr den Reiz des Natürlichen. Enge Stiefel sind gewiß ein großes Malheur; aber ein so abgehärteter junger Mann, der in Amerika Schwielen an den Händen sich erarbeitet hat, darf sich weniger empfindlich zeigen. Also künftig, Herr Georg Richter, nicht so herumhüpfen im Salon des Commerzienraths Schlegel. Der Herr von Haas des Herrn Büller war in Maske und Sprache eine treffliche Charge Moritz Brasch.

Entscheidungen des Reichsgerichts.

(Abdruck ohne Angabe der Quelle wird gerichtlich verfolgt)

Der Stations-Assistent H. zu K. ist vom Landgericht wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes verurtheilt. Festgestellt ist vom Landgericht, der Angeklagte habe am 17. April 1883 den verantwortlichen Aufsichtsdienst auf dem Güterbahnhofe, Revier I., zu Crefeld gehabt. Von dem Weichensteller B. sei die Weiche Nr. 5 zu bedienen gewesen. An jenem Tage, Morgens um 5 Uhr 2 Minuten, habe von Cöln her ein Zug auf der Station Crefeld, Revier I., eintreffen und durch die Weiche Nr. 5 auf das Gleis 5 einfahren sollen. Der fragliche Zug sei jedoch, weil die Weiche Nr. 5 nicht richtig gestellt gewesen, in das Gleis 3 eingefahren und mit einer dort aufgestellten Abtheilung von Wagen zusammengestoßen. Sechs dieser Wagen seien hierdurch beschädigt worden. Die Schuld an